

r

Stefan Stork

Sitzverlegung
von Kapitalgesellschaften
in der Europäischen Union

Zur Reichweite
der Niederlassungsfreiheit
unter Berücksichtigung
der positiven und der negativen
Integration



PETER LANG

Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1 - Stand der Niederlassungsfreiheit Von Kapitalgesellschaften.....1

- A. Beschränkungen innergemeinschaftlicher Sitzverlegungen trotz gemeinschaftsrechtlicher Gewährleistung der Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften.....1
- B. Die Leitentscheidungen des Europäischen Gerichtshofs zur Niederlassungsfreiheit von Kapitalgesellschaften innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und die Reaktionen mitgliedstaatlicher Gerichte.....7
- C. Bedeutung der Niederlassungsfreiheit für Strukturentscheidungen von..... Gesellschaften innerhalb der Europäischen Gemeinschaft14
 - I. Niederlassungsfreiheit als Reorganisationsform für Gesellschaften.....14
 - II. Die zentrale Bedeutung der Sitzverlegung innerhalb der Europäischen Gemeinschaft für kleine und mittlere Unternehmen.....20
- D. Gegenstand und Verlauf der Untersuchung.....22

Kapitel 2 - Bedeutung der Anerkennung von Gesellschaften und des Internationalen Gesellschaftsrechts für die Niederlassungsfreiheit von : Gesellschaften innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.....29

- A. Anerkennungsproblematik29
 - I. Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Betätigung von Gesellschaften im inter-mitgliedstaatlichen Bereich durch die Anerkennungsproblematik?.....30
 - II. Regelung der Anerkennungsfrage durch das primäre Gemeinschaftsrecht?.....33
 - III. Versuch einer Regelung der gegenseitigen Anerkennung von Gesellschaften auf Gemeinschaftsebene durch ein völkerrechtliches Übereinkommen.....35
 - IV. Schlußfolgerungen.....37
 - Kollisionsrecht.....37
 - Überprüfung kollisionsrechtlicher Regelungen am Maßstab des Gemeinschaftsrechts.....38
 - glli Gemeinschaftsrechtliche Kollisionsnorm im EGV?.....41
 - Gründungstheorie contra Sitztheorie45
 - Bjji Die Gründungstheorie als Kollisionsnorm des Internationalen Gesellschaftsrechts...47
 - Die Sitztheorie, Anknüpfung an das Entscheidungszentrum der Gesellschaft.....49
 - ii' Aus der Anwendung der Sitztheorie resultierende Beschränkungen für die •Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften54

Kapitel 3 - Lösung des Spannungsverhältnisses zwischen kollisionsrechtlich abgesicherten nationalen Schutzinteressen und der Niederlassungsfreiheit von Kapitalgesellschaften im Wege der Rechtsangleichung.....65

A. Artikel 44 Absatz 2 lit. g EG (Art. 54 Abs. 3 lit. g EGV) als Spezialnorm für eine Rechtsangleichung im Bereich des Gesellschaftsrechts.....66

I. Beschränkung der Rechtsangleichungskompetenz durch das Subsidiaritätsprinzip?.....70

II. Beschränkung der gemeinschaftsrechtlichen Regelungskompetenz im Bereich des Gesellschaftsrechts durch Artikel 293 lit. 3 EG (Art. 220 lit. 3 EGV)?.....71

B. Bisherige Initiativen auf Gemeinschaftsebene, zur Ermöglichung einer grenzüberschreitenden identitätswahrenden Sitzverlegung von Kapitalgesellschaften.....74

I. Der KPMG-Report.....74

II. Vorentwurf einer 14. Richtlinie im Bereich des Gesellschaftsrechts.....77

III. Schlußfolgerungen.....83

C. In der Literatur vertretene Lösungsansätze für einen Interessenausgleich zwischen Gesellschaftsmobilität und nationalen Schutzinteressen.....84

I. Differenzierungslehre.....84

II. Kombinationslehre.....85

III. Unterscheidung nach Fallgruppen bzw. Schwerpunktlehre.....86

IV. Überlagerungstheorie.....87

D. Ergebnis.....90

Kapitel 4 - Effektive Gewährleistung der Niederlassungsfreiheit im Rahmen der negativen Integration.....91

A. Negative Integration.....92

I. Bedeutung der Rechtsprechung des EuGH.....92

II. Bedeutung der Rechtsprechung der nationalen Gerichte im Rahmen der negativen Integration.....95

III. Folgerungen.....97

B. Die Reichweite der Niederlassungsfreiheit im Lichte der Rechtsprechung des EuGH.....98

I. Stellung der Niederlassungsfreiheit innerhalb der Freizügigkeitsbestimmungen, unmittelbare Anwendbarkeit, bei inter-mitgliedstaatlichen Sachverhalten und Geltungsbereich.....98

II. Die Vertragsbestimmung - Diskriminierungs- oder Beschränkungsverbot?.....104

III. Rechtsprechung des EuGH zur Niederlassungsfreiheit - vom Diskriminierungs- zum Beschränkungsverbot.....105

IV. Einschränkung des Gewährleistungsgehalts der Niederlassungsfreiheit durch die Keck-Rechtsprechung des EuGH?.....110

V. Folgerungen.....117

C. Gleichstellung von natürlichen und juristischen Personen über Artikel 48 EG (Art. 58 EGV).....118

D.	Die Centros-Entscheidung - Meilenstein für die Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften?.....	122
I.	Sachverhalt und Entscheidungsbegründung.....	123
II.	Die Reaktionen in Literatur und Rechtsprechung.....	126
1)	Gemeinschaftsrechtswidrigkeit der Sitztheorie.....	127
2)	Die vermittelnde Auffassung.....	128
3)	Fehlende Bedeutung der Centros-Entscheidung für die Sitztheorie.....	131
III.	Eigene Stellungnahme.....	134
E.	Die Daily Mail-Entscheidung - Beschränkung der primären Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften?.....	146
I.	Daily Mail, der Sachverhalt und die Entscheidung des EuGH.....	147
II.	Vorherrschende Interpretation in der deutschsprachigen Literatur und Rechtsprechung.....	148
III.	Eigene Entscheidungsinterpretation unter Berücksichtigung des Urteils Centros.....	151
IV.	Folgerungen.....	164
V.	Kritische Betrachtung der bisherigen Urteilsinterpretationen von Daily Mail.....	165
1)	Vorrang des Internationalen Gesellschaftsrechts der Mitgliedstaaten vor Gemeinschaftsrecht?.....	166
2)	Vorliegen einer Bereichsausnahme?.....	175
F.	Schlußfolgerungen aus Daily Mail und Centros für die Niederlassungsfreiheit von Kapitalgesellschaften.....	177

[Kapitel 5 - Gemeinschaftsrechtskonformität nationaler Maßnahmen, die inter-mitgliedstaatliche Sitzverlegungen von Gesellschaften beschränken. . . . 181

jfA.	Gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit beschränkender nationaler Maßnahmen bei einer grenzüberschreitenden Verlegung des effektiven Verwaltungssitzes einer Gesellschaft aus dem EG-Ausland nach Deutschland.....	183
*-	einer Gesellschaft aus dem EG-Ausland nach Deutschland.....	183
I.	Echter Zuzug.....	184
1)	Rechtfertigungsgründe bei indirekten Diskriminierungen.....	187
j.2)	Folgerungen für die rechtliche Überprüfung indirekt diskriminierender nationaler Maßnahmen.....	196
3)	Gemeinschaftsrechtliche Rechtfertigungsmöglichkeiten durch benannte Rechtfertigungsgründe	199
?(a)	Rechtsprechung zu Artikel 39 Absatz 3 EG (Art. 48 Abs. 3 EGV).....	200
?(b)	Rechtsprechung zu Artikel 46 EG (Art. 56 EGV).....	203
J (c)	Schlußfolgerungen für die Möglichkeit einer Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.....	206
[4]	Bestehen von Allgemeinwohlinteressen, die geeignet sind, eine Beschränkung der Niederlassungsfreiheit beim Zuzug von Gesellschaften zu rechtfertigen.....	208
	Überprüfung der Geeignetheit, Erforderlichkeit und Angemessenheit nationaler Maßnahmen.....	210
Ka)	Geeignetheit.....	211
(bj)	Überprüfung der Rechtslage in Deutschland am Kriterium der Geeignetheit.....	215
Ei)	Schutz des Rechtsverkehrs.....	216
7	Unternehmerische Mitbestimmung.....	221
E)	Erforderlichkeit.....	222
	Überprüfung der Rechtslage in Deutschland am Kriterium der Erforderlichkeit.....	225
ET)	Schutz des Rechtsverkehrs.....	225
7(ii)	Unternehmerische Mitbestimmung.....	228

(e) Angemessenheit (Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne).....	228
(f) Überprüfung der Rechtslage in Deutschland am Kriterium der Angemessenheit.....	231
6) Schlussfolgerungen.....	232
7) Gemeinschaftsrechtskonformität der in der Literatur vertretenen konsequenten Anwendung der Sitztheorie?.....	233
8) Zulässigkeit des echten Zuzugs einer Gesellschaft mit effektivem Verwaltungssitz in einem Drittstaat.....	239
II. Unechter Zuzug.....	240
1) Zur Relevanz des Mißbrauchseinwands.....	241
2) Mißbrauchsrechtsprechung des EuGH zu Bereichen, in denen gemeinschaftliches Sekundärrecht besteht, unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung zu nationalen Berufsregelungen.....	243
3) Mißbrauchsrechtsprechung des EuGH zu Bereichen, in denen kein sekundäres Gemeinschaftsrecht besteht.....	247
4) Zwischenergebnis.....	253
5) Die Kefalas-Entscheidung des EuGH.....	254
6) Folgerungen für die Geltendmachung des Mißbrauchseinwands.....	258
III. Regelungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten zur Wahrung nationaler Schutzinteressen beim Zuzug juristischer Personen aus dem EG-Ausland.....	261
1) Schutz des Rechtsverkehrs.....	262
(a) Erstreckung bestehender inländischer Mindestkapitalerfordernisse auf juristische Personen aus anderen Mitgliedstaaten.....	262
(b) Durchgriffshaftung bei qualifizierter materieller Unterkapitalisierung.....	264
(c) Angabe der Nationalität und des Gesellschaftskapitals.....	270
(d) Publizitätspflichten.....	273
2) Mitbestimmung.....	277
IV. Ergebnis.....	279
B. Gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit beschränkender nationaler Maßnahmen bei der grenzüberschreitenden Verlegung des effektiven Verwaltungssitzes von Gesellschaften aus Deutschland in das EG-Ausland.....	281
I. Echter Wegzug.....	282
1) Schutz des Rechtsverkehrs.....	284
2) Schutz von Anteilseignern.....	287
3) Mitbestimmung.....	289
4) Ergebnis.....	289
II. Unechter Wegzug.....	290
C. Alleinige Verlegung des satzungsmäßigen Sitzes.....	293
D. Gleichzeitige Verlegung des satzungsmäßigen und des effektiven Verwaltungssitzes.....	299
E. Endergebnis und Ausblick.....	301
F. Zusammenfassende Thesen.....	309